

Kulturträger mit begrenzter Freiheit

Lichtkunst und Lindenbrauerei bekommen von Stadt weniger „Leine“

Von Sebastian Smulka

UNNA ■ Durch die Rettungsaktionen für Lichtkunst und Lindenbrauerei ist auch das Modell der „freien Träger“ in der Kulturarbeit auf den Prüfstand gekommen. Dass ihre Freiheit beschnitten wird, ist bereits absehbar.

Zum Teil ist dies bereits beschlossene Sache. Beim Beschluss zur Lichtkunstentscheidung etwa ließ die Politik auch einen Punkt aus der Verwaltungsvorlage in das GAL-Konzept einfließen: Die Kassengeschäfte des Vereins sollen künftig über das Finanzmanagement der Stadt abgewickelt werden. Bislang erfolgte die Buchführung der Lichtkunst als kostenpflichtige Auftragsarbeit bei den Stadtwerken Unna, deren Prokurist Matthias Kortmann zugleich Schatzmeister des Lichtkunstvereins ist. Im Vorstand des Vereins ist ein Vertreter des Kulturbereiches satzungsgemäß „geborenes Mitglied“. Und auf Wunsch des Vereins ist auch der Kulturausschussvorsitzende Beisitzer im Vereinsvorstand. Mit diesen drei Kontaktpunkten soll die Kontrolle der Stadt über das Geschehen im Lichtkunstverein nun gewährleistet werden.

Gutachter prüfen Organisationsformen

Um die Zukunft der Vereinsträgerschaft wird es in den kommenden Wochen aber auch in Sachen Lindenbrauerei gehen. Der Gutachterauftrag, den die Politik am Montag mit dem 200 000 Euro schweren Rettungspaket beschlossen hat, beinhaltet auch eine Überprüfung der Organisationsformen in Unna. Verschiedene Szenarien sind denkbar. Als Minimum beschreibt der Kulturausschussvorsitzende Michael Hoffmann (SPD) eine engere Anbindung des Vereins an die Stadt. Der politisch besetzte Beirat der Lindenbrauerei müsste einen höheren Stellenwert erhalten und öfter tagen – etwa viermal

im Jahr. Die weitest reichende Idee zurzeit formulierte nun Klaus Göldner von der FLU: eine Lindenbrauerei unter Führung der Stadtmarketinggesellschaft.

Die aktuellen Vorbehalte der Politik gegen das Modell der freien Träger gelten als direkte Folge aus den jüngsten Finanzkrisen, in denen die Stadt als Nothelferin auftreten musste. In Zeiten immer knapperer Kassen müsse die Stadt dort, wo sie ihr Geld einsetzt, einfach wachsamere sein, forderte auch CDU-Ratsfrau Gabriele Meyer am Montag. „Ein gut funktionierendes Controlling hätte die Probleme in der Lindenbrauerei viel früher aufgedeckt“, sagte sie.

Ein Modell aus besseren Zeiten

Die Wurzeln des Problems liegen in der Vergangenheit, in einer Zeit, in der die Kommunen noch Geld hatten und man sich die Freiheit der Vereinskultur noch leisten konnte. Als altgedienter Verwaltungsmann bemühte sich Bürgermeister Werner Kolter in den Sitzungen von Kulturausschuss und Stadtrat am Montag um Aufklärung – nicht immer mit historischer Präzision, aber in der Sache mit wohlbedachten Worten.

„Es war die Politik seit vielen Jahren, das Kulturzentrum in die Selbstverwaltung und in die Eigenverantwortung zu führen“, klärte Kolter auf. Das habe der Stadtrat – „nicht dieser, sondern ein früherer“ – bewusst so entschieden. Die Folge war danach nicht allein ein Problem fehlenden Controllings, sondern ein Problem fehlender Zuständigkeit: Die Kulturzentrums-Geschäftsführerin Regina Ranft habe gegenüber der Stadtverwaltung durchaus schon im Vorfeld auf absehbare finanzielle Probleme in der Lindenbrauerei hingewiesen. „Es bleibt aber in der Verantwortung des Vereins zu sagen: Was unternehmen wir dagegen? Das ist nicht erfolgt. Da ist vieles ausgesessen worden.“